



P R E S S E S P I E G E L

September / Oktober 2009

Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Sozialen Liste Bochum und
der Sozialen Liste im Rat und in den Bezirksvertretungen,
dokumentiert durch Presseberichte Bochumer
und Wattenscheider Medien

Bochum, 2. November 2009

Soziale Liste: Neue Mitglieder

Achtungserfolg für Günter Gleising

Am Wahlabend hatte es zunächst so ausgesehen, als sollte Günter Gleising für die Soziale Liste ganz allein im Rat sitzen. Doch dann löste sich die Spannung – es reichte wieder für zwei Mandate und so ist Ratsfrau Nuray Boyraz wieder mit dabei.

Man habe sich damit behaupten können, sagte Gleising, der als OB-Kandidat der Sozialen Liste einen Achtungserfolg verbuchen konnte: Er holte 11 234 Stimmen, das machte 7,8 Prozent aus. Schmerzlich sei der Verlust von zwei Mandaten in Bezirksvertretungen, immerhin habe man aber im Bochumer

Osten den Wiedereinzug in die Bezirksvertretung geschafft.

Im Wahlkampf sei es auch gelungen, „neue Mitglieder zu gewinnen und das Bündnis zu verbreitern“, teilte Gleising mit. Für die kommende Arbeit im neuen Rat würden Themen wie die Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum eine wesentliche Rolle spielen, auch „die Arbeitslosigkeit und der befürchtete Sozialkahl-schlag in der Stadt Bochum“.

Die Soziale Liste werde weiterhin „die Interessen der Armen, der Werktätigen, der Arbeitslosen, der Ausgegrenzten“ im Rat und außerhalb wahrnehmen. (R.H.)

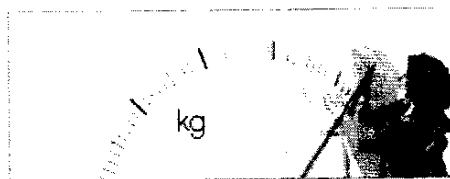
Infostand der Sozialen Liste

Mitte • Die Soziale Liste beteiligt sich mit einem Informationsstand an einem bundesweiten Bürger-Aktionstag unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Der Infostand ist heute von 14 bis 17 Uhr auf dem Husemannplatz zu finden. Dort ist auch eine Dokumentation mit der Liste der Begünstigten der Rettung der Bank Hypo Real Estate erhältlich, die erst vor drei Tagen bekannt wurde.

AN 17.9.2009

WRZ 17.9.2009

Die Soziale Liste hat die Preispolitik der Stadtwerke Bochum kritisiert.: 98.5 Radio ... Seite 1 von 1



Ganz gleich wie viel Sie aus eigener Kraft abnehmen,

NACHRICHTENARCHIV-DETAILS

Die Soziale Liste hat die Preispolitik der Stadtwerke Bochum kritisiert.

Die Stadtwerke hätten genug Spielraum die Gaspreise zu senken, heißt es - gerade wegen des niedrigen Ölkurses. Die Soziale Liste fordert deshalb: Runter mit den Preisen! Andernfalls müsse Oberbürgermeisterin Scholz über den Aufsichtsrat der Stadtwerke tätig werden.

Zum ersten Oktober senken etwa 250 Versorger ihre Gaspreise um bis zu 25 Prozent. Die Stadtwerke Bochum sind nicht dabei.

21.09.2009 12:36 Alter: 21 Tage

< - Zurück zu: Nachrichtenarchiv-Suche

Opel ist endlich von der Hebebühne

Bundesarbeitsminister bei der SPD in Bochum - Stimmen zum Verkauf

Hier und da wird man von der Aktualität eingeholt. So geschehen am Donnerstag, als Arbeitsminister Olaf Scholz nach Bochum gekommen war, um bei der Betriebs- und Personalrätekonzferenz zum Thema „Die Arbeit von morgen organisieren“ zu sprechen. Nach der Entscheidung des Opel-Verkaufs an Magna hatte der Minister einen Aufhänger, der aktueller nicht sein konnte.

„Eine gute Sache“, betonte Olaf Scholz. „Die Entscheidung zeigt, wie törricht es gewesen wäre, Opel insolvent gehen zu lassen. Dass Opel ein zukunftsträchtiges Unternehmen ist, hat doch allein die Tatsache bewiesen, dass gleich drei Investoren und zum Schluss sogar der Mutterkonzern selbst Interesse gezeigt haben. Jetzt kann sich Opel weiterentwickeln und es ist der richtige Weg, damit es eine dauerhafte Stabilisierung für Opel in Europa gibt. Das Magna-Konzept wird nicht ohne Aderlass funktionieren, aber es bringt die maximale Chance für den Erhalt der Standorte mit sich“, äußerte sich der Arbeitsminister auch zum Thema Stellenabbau.

Und Bundestagsabgeordneter Axel Schäfer, der den Minister gemeinsam mit seinem Kollegen Gerd Bollmann nach

► ZITAT DES TAGES



„Magna will den Opel-Standort in Bochum erhalten. Dies ist eine gute Nachricht. Für die Opel-Mitarbeiter zeichnet sich damit endlich das Ende der unerträglichen Ungewissheit ab.“

OB Ottilie Scholz

Bochum eingeladen hatte, fügte hinzu: „Damit ist Opel endlich runter von der Hebebühne. Das ist erst einmal eine gute Nachricht, vor allem für die Beschäftigten. Jetzt geht es darum, möglichst alle Arbeitsplätze zu sichern.“

„Der Kampf um den Standort Bochum ist gewonnen, jetzt beginnt der Kampf um jeden Arbeitsplatz“, war auch die erste Reaktion des SPD-

Unterbezirksvorsitzenden Thomas Eiskirch auf die Nachrichten aus Berlin.

Und auch der Fraktionsvorsitzender der Grünen, Wolfgang Cordes, kommentierte die Entscheidung positiv: „Ich begrüße es außerordentlich, dass der Verwaltungsrat von GM sich jetzt doch dazu durchgerungen hat, ~~den Verkauf~~ von Opel an den Investor Magna zu empfehlen. Damit hat die Zitterpartie für die Opel-Belegschaft endlich ein Ende gefunden. Auch wenn noch nicht alle Einzelheiten geklärt sind, ist damit der Opel-Standort Bochum für die nächste Zeit gesichert. Jetzt geht es darum, zukunftsfähige und innovative Konzepte zu entwickeln. Dafür gehört für mich auch die Elektromobilität und der Opel Ampera, der perspektivisch einen wichtigen Beitrag zur Auslastung des Bochumer Werks leisten kann.“

Mit sehr viel Skepsis betrachtet dagegen die Soziale Liste die Entscheidung: „Sowohl General Motors als auch Magna geht es offensichtlich darum, sich kurz vor der Bundestagswahl, möglichst viele Milliarden Steuergelder zu sichern. Statt die Bochumer Opel-Betriebsstätte mit einem drastischen Arbeitsplatzabbau in Frage zu stellen, muss der Bestand durch die Entwicklung von umweltverträglichen, ökonomisch sinnvollen und zukunftssträchtigen Produkten gesichert werden“, erklärt Ratsprecher Günter Gleising.

Stadtspiegel 12.09.2009

Nägel mit Köpfen

Betriebsräte richten sich nun auf zähe Verhandlungen mit Magna ein

Michael Weeke

Am Tag danach hält sich die Rüsselsheimer Zentrale offiziell dezent zurück. „Wir möchten unseren Äußerungen jetzt nichts hinzufügen“, so Opel-Sprecher Andreas Krömer. Nur so viel lässt er sich dann doch herauslocken: „Endlich sind Nägel mit Köpfen gemacht worden.“

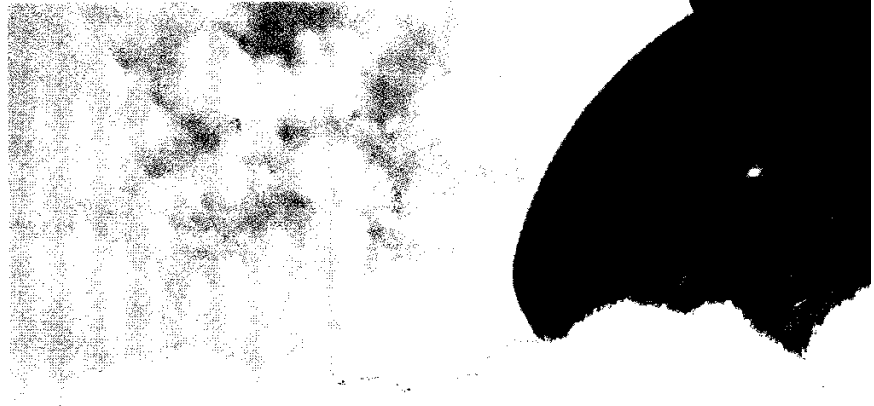
Doch, ob mit diesen Nägeln tatsächlich „New Opel“ – wie es nun heißt – gezimmert oder sie doch nur wieder als eine reifenkillende Barriere auf die

Betriebsräte wissen ganz genau, dass sie einen großen Trumpf in der Hand haben. Ihren Ein-

»Die Menschen in der Region sagen, Opel muss stark werden«

satz wollen sich die Arbeitnehmervertreter nicht ohne Gegenleistung abringen lassen. „Wir möchten ganz genau wissen, wie unsere Mitbestimmungsrechte in der Zukunft aussehen. Vor allem beim Thema Werkschließungen sage ich ganz deutlich, dass da ohne unsere Veto-Möglichkeiten wenig läuft“, sagt Einenkel. Zu der in diesen Tagen wieder hervorgekrantmen Zahl von 2000 Stellen, die es angeblich in Bochum zu viel gebe, hieß es aus Betriebsratskreisen, dass diese noch von GM genannte Zahl nicht das letzte Wort sein dürfe, schon gar nicht mit betriebsbedingten Kündigungen.

Die konkrete Gefahr für Bochum, so sieht es jedenfalls die Soziale Liste im Rat, sei durch den geplanten Verkauf an Magna/Sberbank längst nicht gebannt. Vielmehr gehe es sowohl GM als auch Magna darum, sich so kurz vor der Bundestagswahl möglichst viele Milliarden an Steuergeldern zu sichern. Ratssprecher Günter Gleising fordert: „Statt die Bochumer Opel-Betriebsstätte mit einem drastischen Arbeitsplatzabbau in Frage zu stellen, muss der Bestand durch die Entwicklung von umweltverträglichen, ökonomisch sinnvollen und zukunftssträchtigen Produkten gesichert werden.“



Magna und GM sollen Gas geben

Opel-Verkauf

Bochum • Bis zur Bundestagswahl am 27. September müssen GM und Magna einen unterschriftsreifen Vertrag für den Opel-Deal aushandeln. Das fordert Bochums Betriebsratschef **Rainer Einenkel** (Foto).



Im Gegenzug für die geplante Unternehmensbeteiligung von zehn Prozent verlangten die Opel-Beschäftigten zudem weitergehende Mitbestimmungsrechte, etwa bei Plänen, die Standorte und Belegschaft betreffen. Zusammen mit anderen Einschnitten stehe eine Summe von 1,2 bis 1,5 Milliarden Euro an Belastungen für die Arbeitnehmer im Raum, so Einenkel. Finanziert werden könnten diese etwa durch den Verzicht auf Tarifsteigerungen.

Im Stadtrat begrüßt die Mehrheit der Fraktionen die GM-Entscheidung für Magna. Nur die Soziale Liste sieht schwarz: „Für das Bochumer Opel-Werk besteht höchste Gefahr“, sagte Günter Gleising. Nach ursprünglichen Schließungsabsichten habe Magna angekündigt, in Bochum nur rund 160 000 Zafira bauen zu wollen. Gleising: „Eine längerfristige Perspektive liegt nicht vor.“ • dpa/wal

HEINE OPTION

Ampera

Ende Juni zeigte Opel den Ampera mit Voltec-Antriebssystem vor dem Bochumer Werk. Der Wagen hat einen Stromerzeuger mit Benzinmotor an Bord, der eine Reichweite von mehr als 500 km ermöglicht. 2011 ist die Markteinführung des Elektroautos geplant. Mehrfach war das Werk als Produktionsstätte ins Gespräch gebracht worden.

Rotstiftliste schockiert Politiker

Sparvorschläge der Stadtverwaltung lösen Protest, Enttäuschung und Empörung aus, auch in der Bevölkerung

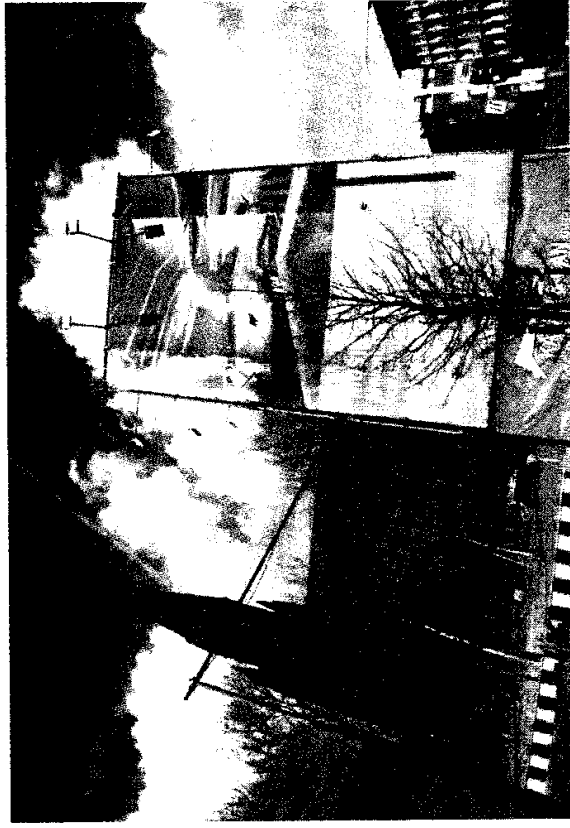
Rolf Hartmann

Die Sparvorschläge der Bochumer Stadtverwaltung haben unter Kommunalpolitikern und in der Bevölkerung eine Welle der Empörung und Enttäuschung ausgelöst. „Die Streichliste ist sozial ungerecht“, kritisierte etwa Ratsmitglied Uwe Vorberg von der Partei Die Linke. Enttäuscht zeigte sich auch Wolfgang Cordes, Fraktionschef der Grünen im Rat.

Wie berichtet, hatte die Stadtverwaltung am Mittwoch insgesamt 270 einzelne Sparvorschläge vorgelegt, um im Zeitraum 2009 bis 2015 rund 360 Millionen Euro einzusparen. Besonders empört sind

»Die Ausgewogenheit der Einsparungen ist nicht einleuchtend«

die Linken über Vorschläge von Kultur- und Schuldezernent Michael Townsend: „Unbearbeitbar hält er an den Konzeptsparplänen fest. Der Etat vor vor die Klammer gezogen, will heißen, dass dort nicht gespart wird. Das wird bei den Trägern der freien Kulturszene nicht so glimpflich ablaufen.“ Gleichzeitig setze Townsend bildungspolitisch verheerende Signale: „Abschaffung der Gewerbesteuerbefreiung bei den Kitas und des Bildungsbonus gehen weg von dem Konzept der kostenfreien Bildung, für das sich die Bochumer SPD im Wahlkampf stark gemacht hat.“



Vom Rotstift verschont wurde bei den städtischen Sparvorschlägen das geplante Konzerthaus „Bochumer Symphonie“, für das über 20 000 Bürger Spenden aufbrachten. Fotos: Otto/Gatzmanga

Schließung von Büchereien und Lehrschwimmbekken und Kostendeckung bei der VHS sind weitere Grausamkeiten.“

Nach einer ersten Analyse erklärte Wolfgang Cordes (Grüne): „Die Ausgewogenheit der vorgesehenen Einsparungen ist nicht unbedingt einleuchtend. So kann ich mir nicht vorstellen, dass es auf Akzeptanz stoßen kann, wenn der Neubau der Spielstätte für die Symphoniker weiterhin realisiert werden soll, aber das Schauspielhaus nicht mal einen kleinen Beitrag leisten soll und gleichzeitig z.B. Zweigstellen der Stadtbücherei geschlossen werden sollen. Auch die Einschnitte im Sport- und im Jugend- und Sozialbereich sind vor diesem Hintergrund kaum vermittelbar.“

„Zur Grundausrichtung, dass man sparen muss, gibt es keine Alternative dazu, bei den laufenden Ausgaben zu



Sparopfer Stadtbücherei

sparen“, erklärte Roland Mitschke, Ratsfraktionsprecher der CDU, dagegen. „Ein Teil der Vorschläge ist überfällig, etwa die Einsparung einer Dezernentenstelle.“ Mitschke räumte ein, dass die Sparvorschläge „ein paar harte Brocken“ enthalten, etwa bei der



Sparopfer Kindergärten

Kinderbetreuung. Er bedauerte, dass die Stadt keine Prioritätenliste für einzelne Investitionen mitgeliefert hatte. Da drohe Gefahr, dass Fördermittel wegfallen. Die Stadt hatte angekündigt, diese Investitionen-Liste auf der ersten Sitzung des neuen Rates am 6. November nachzuliefern.

„Die Liste der Sparvorschläge reicht nicht aus“, meinte Hans Otto Forth, Ratsmitglied der FDP. Auch er vermisste eine konkrete Aufstellung der Investitionen-Liste und fand, man könne das Schauspielhaus vom Sparprogramm nicht ausnehmen.

Als „Sackgasse in den sozialen und kulturellen Kahl-schlag“, wertet die Soziale Liste im Rat die Sparvorschläge. Während „Leuchtturmprojekte“ verschont blieben, würde die „Folgen der verfehlten Finanzplanung“ wieder einmal den Bürgern aufgebürdet.

Kommentar 2. Lokalseite

SPARPROGRAMM

270 Vorschläge

Gewerbe- und Grundsteuer erhöhen, bis zu 15 Schulen und acht Lehrschwimmbekken sowie zwei Zweigstellen der Stadtbücherei schließen. Massive Kürzungen auch bei VHS, Musikschule und Stadtarchiv, aber auch im Jugend- und Sozialbereich. Das sind nur einige der 270 Sparvorschläge, die die Stadtverwaltung den politischen Gremien zur Diskussion vorgelegt hat.

WAZ 10.10.08

Grüne enttäuscht, Soziale Liste sauer

Konkrete Zahlen fehlen - Politische Diskussion nicht möglich

Für das Haushaltssicherungskonzept hat die Verwaltung eine erste „Streichliste“ dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt. Zwölf bis 15 Schulstandorte und acht Lehrschwimmbecken sollen geschlossen werden, die Entgelte für die Musikschule steigen und Geschwisterkinder können nicht mehr entgeltfrei Kindergärten besuchen. Bei der Volkshochschule soll es weniger Kurse geben. Die „Übernahme der Kosten der Unterkunft“ bei ALG II-Bezieher*innen soll gekürzt werden. Aber das sind nur einige Posten der „Sparliste“.

Enttäuscht zeigt sich Wolfgang Cordes, Fraktionsvorsitzender der Grünen, über die Informationen, die die Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss zu den Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts vorgelegt hat.

„Angesichts der knappen Zeit für die Beratung des Haushaltssicherungskonzepts wäre es wünschenswert gewesen, wenn die einzelnen Maßnahmen schon jetzt konkret beauftragt worden wären. Die Zahlen liegen der Verwaltung vor, es wurden aber im wesentlichen nur pauschale Summen für

ganze Dezernate oder Ämter genannt. Ohne konkrete Zahlen kann aber nicht politisch verantwortlich diskutiert werden, da nicht nachvollzogen werden kann, was es bedeutet, wenn bestimmte Einsparvorschläge nicht akzeptiert werden. Denn dann müssen ja andere Maßnahmen diese verringerten Haushaltsentlastungen kompensieren, wenn man die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzepts nicht gefährden will“, so Cordes.

„Die Ausgewogenheit der vorgesehenen Einsparungen ist nicht unbedingt einleuchtend. So kann ich mir nicht vorstellen, dass es auf Akzeptanz stoßen kann, wenn der Neubau der Spielstätte für die Symphoniker weiterhin realisiert werden soll, aber das Schauspielhaus nicht mal einen kleinen Beitrag leisten soll und gleichzeitig zum Beispiel Zweigstellen der Stadtbücherei geschlossen werden und das Angebot der Musikschule und der Volkshochschule sehr stark reduziert werden soll. Auch die Einschnitte im Sport- und im Jugend- und Sozialbereich sind vor diesem Hintergrund kaum vermittelbar – ganz zu schweigen von den verschiedenen Positionen, die zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt führen sollen“, ist die erste Einschätzung der Verwaltungsvorlage vom Fraktionschef der Grünen im Rat,

Wolfgang Cordes.

Auch die Soziale Liste Bochum kritisiert auf Schärfste diese so genannten „Basisinformationen“. „Während die so genannten Leuchtturmprojekte (Konzerthaus) beibehalten werden sollen, werden die Folgen der verfehlten Finanzplanung der vergangenen Jahre wieder einmal den Bürger*innen und Bürgern der Stadt aufgebürdet. Hier soll der Haushalt auf dem Rücken von Alten, Kranken, Schulkindern und Bezieher*innen von ALG II konsolidiert werden“, so Christoph Nitsch, Vorsitzender der Sozialen Liste. „Das Haushaltskonsolidierungskonzept kann nur als Horrorkatalog bezeichnet werden kann“, kritisiert Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste. „Dieser ‚Bochumer Weg‘ ist eine Sackgasse in den sozialen und kulturellen Kahlschlag.“

► WAS MEINEN SIE?

- **Wo soll die Stadt sparen?** Haben Sie Ideen, wie man das Etatloch stopfen kann? Schreiben Sie uns.
- **Leserbriefe:** Stadtspiegel Bochum, Bongardstraße 25-27, 44787 Bochum.
- **E-Mail:** Wenn es schnell gehen soll bitte an redaktion@stadtspiegel-bochum.de
- **Stichwort:** Im Betreff bitte „Streichliste“ angeben.

Stadtspiegel 10.10.09

Hauen und Stechen bei den Linken

Sieben Mitglieder sollen aus der Partei ausgeschlossen werden. Ihre Kandidatur bei der Sozialen Liste sei parteischädigend

Michael Weeke

Gerade strampelt sich die Linke in Bochum frei, konnte gar ihr Kommunalwahlergebnis und damit die Zahl ihrer Ratsmitglieder – jetzt sechs – verdoppeln, da rumort es gewaltig in der noch jungen Partei. Sieben Mitglieder sollen ausgeschlossen werden. Der Vorwurf: sie hätten bei der Kommunalwahl für die Soziale Liste kandidiert und sich damit in Konkurrenz zu den Linken begeben. „Die Mitglieder müssen sich eben an die Spielregeln halten“, so Anna-Lena Orłowski, Sprecherin der Bochumer Linken, und frisch gewähltes Ratsmitglied.

In einer offiziellen Stellungnahme teilt Orłowski mit, dass das jetzt lautende Parteiauschlussverfahren nicht von Funktionären der Partei, sondern von einem Mitglied angestoßen worden sei. Bei dem Mitglied handelt sich nach WAZ-Informationen um die Fraktionsgeschäftsführerin Hella Eberhardt. Dieser Zeitung liegt ihr „Antrag auf Par-

teitenausschluss“ an die Landesschiedskommission vor. Mit ihrer Kandidatur hätten die betroffenen Personen gegen die Parteisatzung verstoßen und der Partei geschadet.

Abgeschickt wurde der Brief am 4. September, wenige Tage



Anna-Lena Orłowski (Die Linken)

nach der Kommunalwahl Die Geschäftsführerin erklärt in dem Schreiben beflissen: „Ich möchte zum Schluss noch anmerken, dass ich diesen Ausschussantrag erst jetzt stelle, weil ich befürchtet habe, dass er vor der Kommunalwahl ggf. zu negativen Darstellungen der Linken in der Presse hätte führen können.“

Dr. Ulrich Schröder, einer dieser „Abweichler“, der auch

in landespolitischen Gremien der Linken mitarbeitete und eigentlich über die Reserveliste als Landtagskandidat seiner Partei antreten wollte, vermute ich: „Hier sollen unliebsame und kritische Mitglieder mundtot gemacht werden.“ Wie andere der Betroffenen hat Schröder seine Wurzeln in der WASG. Es sei eine „absurde Unterstellung“, dass die sieben Mitglieder der Linken mit ihrer Kandidatur ihrer Partei hätten schaden wollen.

Offenbar tobt hinter den Kulissen ein Machtkampf um den künftigen Kurs der Partei. Günter Gleising, Sprecher der Sozialen Liste im Rat, betont, dass es sogar eine informelle Absprache zwischen Funktio-



Günter Gleising (Soziale Liste)

nären der Linken und der Sozialen Liste gegeben hätte, keine gegenseitigen Wahlkampfproben zu führen und auch nicht einen Parteiausschluss zu forcieren. Dazu schreibt Orłowski: „Zudem hat es zwischen der Sozialen



Dr. Ulrich Schröder (Die Linken)

Liste und dem Kreisvorstand der Linken in Bochum keinerlei offizielle Absprachen oder Zusagen gegeben, dass es nicht zu einem Ausschlussverfahren kommen würde.“

Mitlerweile haben der Kreisvorstand und der zweite Sprecher und ein Beisitzer des Kreisvorstandes der Sozialen Liste aufgegeben und sind von ihren Ämtern zurückgetreten.

KOMMENTAR

Schmutzig

Michael Weeke

Soviel vorweg: Da wird jetzt reichlich schmutzige Wäsche gewaschen bei den Linken. Gegenseitig beschuldigen sich Mitglieder des parteischädigenden Verhaltens. Viele aus der sozialen Bewegung kommende Genossen sehen erstaunt, wohin jetzt die Reise gehen soll. Da wird schnell zu kritischer, zu linker, zu undogmatischer Ballast über Bord geworfen.

Wenn wundert es! Wenn nicht nur die Morgenröte der Revolution am Horizont leuchtet, sondern ein handfester Zipfel der Macht greifbar scheint, dann gehen Prinzipien schneller den Bach runter als manchen lieb ist. Denn Macht, politische Macht, bedeutet selbst auf kommunaler Ebene – einen Fuß in der Tür zu haben, wenn es dann um die Verteilung von einflussreichen (und lukrativen) Pöstchen geht. Da winken Mandate und Ansehen, da ist das Parteistatut ein praktisches Vehikel, um bestimmte Menschen loszuwerden, die immer noch denken, Politik habe etwas mit Konsequenz, Überzeugungen und Veränderungswille zu tun.

Die Vertreter der etablierten Parteien – ausdrücklich die Grünen vor Ort eingeschlossen – können sich das Schauspiel beinahe genüsslich anschauen. Solche Gefechte haben sie lange hinter sich, auch wenn die Vergangenheit manchmal bis in die Gegenwart reicht – siehe Wolfgang Clement.

In Düsseldorf wird das Geplänkel von NRW-Linkensprecher Ralf Michalowsky so kommentiert: „Sie haben uns Prozente weggenommen. Die wussten vorher, was dann passiert.“ In einer Woche tagt die Landesschiedskommission. Vor einiger Zeit sei in Gelsenkirchen Ähnliches passiert. Es wurden 27 Parteimitglieder hinausbefördert. Nach WAZ-Informationen wurden Mitglieder bei ähnlicher Ausgangslage stets ausgeschlossen.

Kommentar 2. Lokalseite

ZUR ERINNERUNG

Soziale Liste

Die Soziale Liste konnte sich bei der Kommunalwahl immerhin knapp behaupten. Sie kam auf 2,1 Prozent (2004: 2,8) der Stimmen.

Dies überraschte vor allem deshalb, weil damit der starke Zuwachs der Linken nur wenig auf das Reservoir der Sozialen Liste zurückzuführen hat.

Ausschluss bei der Bochumer Linken?

(USch) Sieben Mitglieder der Bochumer Linken haben Post vom Landesschiedsgericht ihrer Partei bekommen. Allesamt hatten sie bei den letzten Kommunalwahlen für die parteiübergreifende Soziale Liste kandidiert. Motiviert war dieser Schritt durch die ihrer Meinung nach fragwürdige Entscheidung des Bochumer Kreisverbands, nicht mit einer eigenen Kandidatur bei den OB-Wahlen anzutreten. Das wurde in der Öffentlichkeit als indirekte Unterstützung von Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz (SPD) gewertet. Dass sich Scholz im Jahr 2004 einfach über ein BürgerInnenbegehren gegen den umstrittenen Cross-Border-Deal hinweg gesetzt hatte, führte damals zum erstmaligen Wahlantritt der Sozialen Liste. Sollten die sieben Mitglieder nun tatsächlich ausgeschlossen werden, wäre der Weg für den Bochumer Linken-Kreisverband frei, künftig noch enger mit der SPD zusammenzuarbeiten, vermuten die KritikerInnen.

bsz 21.10.2009

Sieben Linke vor Rauswurf

Parteiausschluss

Bochum • Die Kandidatur für die ‚falsche‘ Partei könnte sieben Mitgliedern der Partei Die Linke nun zum Verhängnis werden. Sie hatten sich zur Kommunalwahl als Kandidaten der Wählergruppe Soziale Liste aufstellen lassen. Angeblich mit vorheriger Absprache. Nun läuft ein Verfahren beim Landesschiedsgericht der Partei. „In unsere Satzung ist ganz klar festgelegt, dass man nicht konkurrierend zur eigenen Partei antreten darf“, erklärt **Anna Lena Orłowski** (Foto) von den Linken auf RN-Anfrage. Dies sei den Betroffenen vorab mitgeteilt worden. Ein Ausschlussantrag sei jedoch nicht aus den Reihen des Bochumer Kreisverbandes gestellt worden. Die Soziale Liste kritisierte das Verfahren. • b-r



RN 22.10.09

Samstag 31.10.09, 22:00 Uhr

Parteiausschlüsse bei Der Linken bleiben weiter in der Schwebe

In einer öffentlichen Sitzung verhandelte heute die Schiedskommission der NRW Linkspartei über einen Parteiausschlussantrag gegen sieben Bochumer Mitglieder, die bei der Kommunalwahl für die Soziale Liste angetreten waren. Die Entscheidung wurde vertagt. Sie wird erst in den nächsten Wochen gefällt, lautet das Ergebnis der über zweistündigen Sitzung. Die Fraktionsgeschäftsführerin der Linken im Rat hatte den Ausschluss der Mitglieder beantragt, weil diese mit einer Kandidatur für die Soziale Liste bei der letzten Kommunalwahl gegen eine Bestimmung der Satzung verstoßen hätten, die es zu den Pflichten der Mitglieder zählt, nicht auf einer Liste zu kandidieren, die gegen die Partei antritt. Für Außenstehende überraschend wurde während der Verhandlung dann aber deutlich, dass es völlig unstrittig ist, dass es im Vorfeld der Kommunalwahl Gespräche über die Kandidaturen gegeben hat. Sowohl der Bochumer Kreisvorstand als auch Mitglieder der Ratsfraktion sowie des Landesvorstandes hätten hier den abtrünnigen Genossen signalisiert, dass von dieser Seite kein Ausschlussverfahren gegen sie angestrebt würde. Ein ehemaliges Vorstandmitglied versicherte, „ihnen sei von seiten des Vorstandes zugesichert worden, dass kein Parteiausschlussverfahren angestrebt wird, wenn sie Die Linke im Wahlkampf nicht attackieren“. Sie hätten, so die Beschuldigten, somit weder vorsätzlich gehandelt noch wollten sie ihrer Partei, der Linken, schweren Schaden zufügen. Der Vorstand der Linkspartei hatte in einer Mitteilung dagegen erklärt: „Zudem hat es zwischen der Sozialen Liste und dem Kreisvorstand Der Linken in Bochum keinerlei offizielle Absprachen oder Zusagen gegeben, dass es nicht zu einem Ausschlussverfahren kommen würde.“ (weiterlesen)

LESERBRIEFE

» Tränenliste

Politisch falsch

Die Darstellung von Wolfgang Wendland zur Beschlussfassung zum Bochumer Konzerthausbau ist politisch falsch und in zahlreichen Einzelheiten nicht korrekt. Vor allem stimmt es nicht, dass alle Wattenscheider Ratsmitglieder dem Baubeschluss im Rat zugestimmt haben.

Es sollte Wolfgang Wendland bekannt sein, dass die Soziale Liste von Anfang an gegen dieses Prestigeobjekt war. Folgerichtig habe ich auch in den Ausschüssen und im Rat gegen das Konzerthaus offene Stellung bezogen und auch gegen den Baubeschluss gestimmt.

Dieser Baubeschluss wurde auch nicht in der Sitzung am 23.10.2008, sondern in der Sondersitzung des Rates am 27.10.2008 mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Bochumer Symphonie“, Baubeschluss“ gefasst. Das Abstimmungsergebnis lautete 49 Ratsmitglieder dafür und 15 dagegen. Meines Wissens haben von den Wattenscheider Ratsmitgliedern zwei Kollegen der UWG, der Kollege Drinnhaus (Grüne) sowie ich für die Soziale Liste gegen den Konzerthausbau gestimmt.

Hinzuzufügen ist auch, dass „Seitenhiebe“ gegen das Konzerthaus gerade jetzt sinnvoll sind, denn es besteht ein Finanzierungsvorbehalt und der geplante Baubeginn (März 2009) ist wegen der bekannten finanziellen Probleme (u. a. Cross-Border-Leasing-Geschäft, Auflagen des RP Arnsberg) in weite Ferne gerückt. Aktuell gibt es bei der Verwaltung die Planung, die „Bochumer Leuchttürme“ mit dem Konzerthaus als Mittelpunkt aus dem Sparkonzept („Tränenliste“) herauszuhalten. Dieses sollte im gemeinsamen Einsatz verhindert werden, denn das Konzerthaus gehört an die Spitze der Streichliste.

Günter Gleising
(Ratsmitglied Soziale Liste)
Elisabethstr. 47

W42 17.10.09

Samstag, 17. Oktober 2009

Soziale Liste diskutiert die Tränenliste

Am Montag, dem 19. Oktober, führt die Soziale Liste im Rat wieder eine Sprechstunde für Bochumer und Wattenscheider Bürger durch. Zur Beratung, Information und Diskussion von sozialen und kommunalpolitischen Themen steht Ratsmitglied Günter Gleising für persönliche und telefonische Auskünfte (☎ 0234/910 1047) in der Zeit von 16.30 bis 18 Uhr im Büro der Sozialen Liste, altes Postgebäude, Willy-Brandt-Platz 1-3, Zimmer 21, zur Verfügung.

Thema der Sprechstunde ist vor allem das 360 Mio. Euro Sparkonzept der Bochumer Oberbürgermeisterin und der Verwaltung, dass allgemein auch als „Tränenliste“ bekannt geworden ist. Die Soziale Liste sucht das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, denn die Sparvorschläge der Verwaltung sind ihrer Ansicht nach sozial ungerecht und einseitig. Während die Prestigeobjekte, die „Leuchttürme“, fortgesetzt und beibehalten werden sollen, seien viele drastische Einsparungen, u. a., im sozialen Bereich geplant. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich in die Unterschriftenlisten für die „Bochumer Erklärung - Beendet das finanzielle Ausbluten der Kommunen!“ einzutragen.

W42 - Bo Gum

Sprechstunde für Bürger

Mitte • Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste, hält am Montag (19.) eine Bürgersprechstunde im Büro der Sozialen Liste, Willy-Brandt-Platz 1-3, Zimmer 21, ab. Er ist dort persönlich und telefonisch unter Tel. (0234) 910 1047 von 16.30 bis 18 Uhr erreichbar. Thema der Sprechstunde ist vor allem das 360 Millionen Euro-Sparkonzept von Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz und der Verwaltung.

RN 17.10.09

Infostand

Mitte • Die Soziale Liste steht morgen um 11 Uhr mit einem Infostand an der Kortumstraße/Ecke Brückstraße. Als Diskussions- und Gesprächspartner stehen zur Verfügung: Ratsmitglied Günter Gleising, Bezirksvertreter Michael Eichelberger sowie Helgard Althoff, Ansprechpartnerin in Bochum Nord, und Ulrich Achenbach.

RN 30.10.09

WBZ-Südwest 27.10.09

Soziale Liste warnt vor Bezirks-Vereinigung

Wegen eventuellem Verlust an Bürgernähe

Südwest. Wie die Soziale Liste in einer Pressemitteilung verlauten lässt, gibt es vor dem Hintergrund eines längerfristigen Sparkonzepts der Verwaltung offenbar Pläne, die politischen Strukturen in Bochum hinsichtlich einer Verkleinerung des Rates, einer Reduzierung der Stimmbezirke sowie der Zusammenlegung von Bezirken zu verändern.

Diese Überlegungen sähen vor, die Bezirke Nord und Ost sowie die Bezirke Süd und Südwest zu vereinigen. Dafür spräche der geringe Handlungsspielraum der sechs Bezirke, der ihnen nach den Einsparungen für die Bezirksvertretungen blieb. Eine Änderung der Anzahl und der Bezirksgrenzen sei allerdings erst

zum Ende einer Wahlzeit des Rates möglich, aufgrund der längeren Vorlaufzeit würden diese Maßnahmen schon jetzt diskutiert.

Diesbezüglich warnt die Soziale Liste vor einem Verlust an Bürgernähe und fordert eine umfassende Bürgerbeteiligung an der Diskussion. Auch beäugt sie den Entwurf für das „Haushaltssicherungskonzept 2009-2015“, den Oberbürgermeisterin Scholz am kommenden Freitag, 30. Oktober, vorlegen will, kritisch und hofft, dass auf dem Weg zu den Einsparungen „Prestigeobjekte“ wie Konzerthaus, Kammermusiksaal und Schlosspark Weitmar genauso wie die soziale Verträglichkeit der Maßnahmen hinterfragt werden.

Soziale Liste warnt vor Neuzuschnitt der Bezirke

Ost. Wie die Soziale Liste mitteilt, gibt es vor dem Hintergrund eines längerfristigen Sparkonzepts der Verwaltung offenbar Pläne, die politischen Strukturen in Bochum mit einer Verkleinerung des Rates, einer Reduzierung der Stimmbezirke und der Zusammenlegung von Bezirken zu verändern.

Diese Überlegungen sähen vor, die Bezirke Nord und Ost sowie die Bezirke Süd und Südwest zu vereinigen. Dafür spräche der geringe Handlungsspielraum der sechs Bezirke, der ihnen nach den Einsparungen bliebe. Eine Änderung der Anzahl und der Bezirksgrenzen sei allerdings erst zum Ende einer Wahlzeit des Rates möglich, aufgrund der längeren Vorlaufzeit würden diese Maßnahmen schon jetzt diskutiert.

Die Soziale Liste warnt vor einem Verlust an Bürgernähe und fordert eine Bürgerbeteiligung an der Diskussion. Auch beäugt sie den Entwurf für das Haushaltssicherungskonzept 2009-2015, den OB Dr. Scholz am Freitag, 30. Oktober, vorlegen will, kritisch.

WBZ - Ost 27.10.09

Soziale Liste warnt vor Bezirks-Union

Bochum. Wie die Soziale Liste in einer Pressemitteilung verlauten lässt, gibt es vor dem Hintergrund eines längerfristigen Sparkonzepts der Verwaltung offenbar Pläne, die politischen Strukturen in Bochum hinsichtlich einer Verkleinerung des Rates, einer Reduzierung der Stimmbezirke sowie der Zusammenlegung von Bezirken zu verändern.

Diese Überlegungen sähen vor, die Bezirke Nord und Ost sowie die Bezirke Süd und Südwest zu vereinigen. Dafür spräche der geringe Handlungsspielraum der sechs Bezirke, der ihnen nach den Einsparungskonzepten für die Bezirksvertretungen blieb. Eine Änderung der Anzahl und der Bezirksgrenzen sei zwar erst zum Ende einer Wahlzeit des Rates möglich, würde aber aufgrund der längeren Vorlaufzeit schon jetzt diskutiert.

Diesbezüglich fordert die Soziale Liste eine umfassende Bürgerbeteiligung an der Diskussion und warnt vor einem Verlust an Bürgernähe. Auch beäugt sie den Entwurf für das Haushaltssicherungskonzept 2009-2015, den Oberbürgermeisterin Scholz am kommenden Freitag vorlegen will, kritisch und hofft, dass auf dem Weg zur angepeilten Einsparung „Prestigeobjekte“ wie Konzerthaus, Kammermusiksaal und Schlosspark Weitmar genauso wie die soziale Verträglichkeit der Maßnahmen hinterfragt werden.

WBZ Nord 29.10.

Details zum Haushalt ab Freitag

Entwurf

Bochum - Die Zeit der Offenbarung naht. Ende der kommenden Woche (30. Oktober) will Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz (SPD) den Entwurf der Verwaltung für das Haushaltssicherungskonzept vorstellen. Und damit kommen Fakten auf den Tisch. Wo sollen Schulen geschlossen werden? Welche Lehrschwimmbecken können nicht mehr genutzt werden? In dem mehrere hundert Seiten starken Entwurf, müssen die Einzelmaßnahmen für die folgenden fünf Jahre detailliert aufgelistet werden.

Geplant ist unter anderem auch die Zusammenlegung von Bezirken im Stadtgebiet - Nord und Ost, sowie Süd und Südwest. Diese würde dann aber erst nach Ablauf der aktuellen Wahlperiode wirksam. Die Zusammenlegung resultiert daraus, dass die Einsparungen die Handlungsspielräume der Bezirke sonst zu sehr einschränken.

Die politischen Gremien - auch die Bezirke - haben ab dem 6. November über das Konzept zu entscheiden. - b-r

RN 24.10.09

Absperrungs-Mängel

Hiltrop. Die Mitteilung der Verwaltung über den erhöhten Chrom-Gehalt in zwei Zuläufen des Ostbaches im Bereich Hiltroper Busch/Kinderspielplatz im Volkspark Hiltrop veranlasste die Soziale Liste zu einer Ortsbegehung. So wurde festgestellt, dass zwar provisorische Absperrungen installiert sind, aber kein Schild auf die Kontaminierung hinweist, obwohl die Gefährdung seit Mitte September bekannt ist.

Die Soziale Liste erwartet, dass dieser Missetand sofort behoben wird, um Schaden bei Kindern und anderen Park-Besuchern abzuwenden.

WBZ Nord 29.10.

Soziale Liste fordert Hinweis

Hiltrop - Die Mitteilung über den erhöhten Chrom-Gehalt in zwei Zuläufen des Ostbaches (RN berichteten) im Bereich des Spielplatz im Volkspark Hiltrop veranlasste die Soziale Liste zu einer Ortsbegehung. Ergebnis: Es gibt provisorische Absperrungen, aber kein Hinweisschild, das auf die Kontaminierung hinweist, obwohl die Gefährdung bekannt ist. Die Soziale Liste fordert Nachbesserung.

RN 23.10.09